GUTE PERSPEKTIVEN IN ALLEN BAYERISCHEN LANDKREISEN

FORDERUNGEN DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS FÜR DIE LEGISLATURPERIODE 2023 – 2028 DES BAYERISCHEN LANDTAGS

BAYERISCHER LANDKREISTAG

INHALT

1. GLEICH GUTE AUSGANGSBEDINGUNGEN …….. S. 3
2. KOMMUNALE FINANZLAGE ……. S. 3
2.1 DER KOMMUNALE FINANZAUSGLEICH ……. S. 3
2.2 FÖRDERUNWESEN ……... S. 4
3. STAATLICHES PERSONAL …… S. 4
4. LEISTUNGSFÄHIGE INFRASTRUKTUR ……. S. 5
4.1 MOBILITÄT UND ÖPNV …… S. 5
4.2 DIGITALISIERUNG …… S. 5
4.3 BREITBAND, MOBILFUNK UND INFORMATIONSSICHERHEIT …… S. 6
5. ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ ……..... S. 7
5.1 BAYERNPLAN FÜR ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ ……. S. 7
5.2 KREISLAUFWIRTSCHAFT, DAS GEBOT DER STUNDE ……. S. 7
6. BILDUNG …… S. 8
6.1 DIGITALE SCHULE …… S. 8
6.2 SCHULSOZIALARBEIT UND JUGENDSOZIALARBEIT AN SCHULEN S. 8
7. KINDER- UND JUGENDHILFE …….. S. 9
8. ASYL, MIGRATION UND INTEGRATION …… S. 9
9. MEDIZINISCHE VERSORGUNG …….. S. 10
9.1 KRANKENHAUSVERSORGUNG ……..……. S. 10
9.2 HAUS- UND FACHÄRZTLICHE VERSORGUNG …… S. 10
9.3 RETTUNGSDIENST …….. S. 10
9.4 NOTARZTVERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM …….. S. 10
9.5 GESUNDHEITLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ…… S. 11
10. LANGZEITPFLEGE UND SENIORENPOLITIK ……. S. 11

1. GLEICH GUTE AUSGANGSBEDINGUNGEN

Rund 70 % der bayerischen Bevölkerung leben in den 71 bayerischen Landkreisen. Sie tragen einen erheblichen Teil zur bayerischen Wirtschaftsleistung bei.

Eine gute Lage der bayerischen Wirtschaft und stabile Beschäftigungszahlen sind entscheidend für die Gestaltungsmöglichkeiten aller politischen Ebenen. Entsprechend groß ist deren Bedeutung für die bayerischen Landkreise. Sie müssen starke Wirtschaftsstandorte sein und bleiben, damit die Menschen gerne und gut in allen Teilen Bayerns leben können und möchten.

Starke Wirtschaftsstandorte können sie nur dann weiterhin sein, wenn das „Grundgerüst“ passt. Der Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen, die Instandhaltung und Optimierung von Straßen, Schienen, Breitband und Netzabdeckung – kurz: eine widerstandsfähige und flexible mobile Infrastruktur – der Erhalt der medizinischen und pflegerischen Versorgung sowie Schul- und (Weiter)Bildungsangebote müssen deswegen eine grundlegende Verpflichtung für alle politischen Ebenen bleiben. Die Ausgangsbedingungen und Entwicklungsperspektiven für die Menschen müssen gleich gut sein, unabhängig davon in welchem Landkreis sie leben.

Für die neue Legislaturperiode des Bayerischen Landtags fordern wir von allen Parteien das Bekenntnis zu gleich guten Ausgangsbedingungen in allen bayerischen Landkreisen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in allen Landesteilen.

2. KOMMUNALE FINANZLAGE

2.1 DER KOMMUNALE FINANZAUSGLEICH

ALLGEMEINER STEUERVERBUND

- Der Bayerische Landkreistag fordert eine Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 12,75 auf 15 %, um die Finanzausstattung der Kommunen substanziell und nachhaltig zu verbessern.

- Wir fordern einen Abbau des Umschichtungsvolumens im allgemeinen Steuerverbund. Dies gilt insbesondere für die beim kommunalen Finanzausgleich 2022 erfolgte staatliche Mittelentnahme von rd. 410,3 Mio. €, die durch Umschichtungen ausgeglichen worden sind. Diese Umschichtungen gehen vor allem zu Lasten der Schlüsselzuweisungen, die für die Kommunen die wichtigste Leistungsart innerhalb des Finanzausgleichs darstellen.

KRAFTFAHRZEUGSTEUERERSATZVERBUND

- Wir fordern eine Anhebung des Kommunalanteils am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund auf 80 %, um den Investitionsbedarf im Verkehrsbereich (beim ÖPNV, aber auch im kommunalen Straßenbau) bewerkstelligen zu können und die Beteiligung an den jährlichen ÖPNV-Betriebskostendefiziten zu erhöhen!

LEISTUNGEN AUS DEM STAATSHAUSHALT

- Der Bayerische Landkreistag fordert eine deutliche Aufstockung der staatlichen Investitionsfördermittel nach Art. 10 BayFAG, um insbesondere den kommunalen Investitions- und Sanierungsbedarf im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten meistern zu können!

- Wir fordern eine Erhöhung der Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG um 10 % und eine Dynamisierung entsprechend der Tarifanpassungen im TVöD für die Erledigung von staatlichen und übertragenen Aufgaben.

- Der Bayerische Landkreistag fordert eine Anhebung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung von 60 auf 80 % mit Blick auf die stetig steigenden Beförderungsleistungen und -kosten.

2.2 FÖRDERUNWESEN

- Der Bayerische Landkreistag fordert den Abbau von Förderprogrammen zu Gunsten einer deutlichen Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund.

- Wir fordern eine einfachere Ausgestaltung und langfristige Ausrichtung von notwendigen Förderprogrammen! Zudem müssen sie mit realistischen Mitteln ausgestattet werden.

3. STAATLICHES PERSONAL

- Der Bayerische Landkreistag fordert neben einer Aufstockung der Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG eine deutliche Aufstockung der staatlichen Personalausstattung an den Landratsämtern, um das erhebliche Personal- und Finanzdefizit bei den Staatsaufgaben zu beheben!

- Wir fordern eine Kostenerstattung, wenn aufgrund der längeren Nichtbesetzung staatlicher Stellen zusätzliches kommunales Personal eingestellt werden muss, um die staatlichen Aufgaben zu erfüllen.

- Wir fordern den Freistaat auf, die Besoldungsstruktur an den Landratsämtern entsprechend der hohen Verantwortung des Personals anzupassen!

- Der Bayerische Landkreistag fordert eine Modernisierung des Beamten- und Tarifrechts zur Gewinnung des notwendigen Personals auch im kommunalen Bereich.

4. LEISTUNGSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

4.1 MOBILITÄT UND ÖPNV

- Der Bayerische Landkreistag fordert vom Freistaat Bayern den langfristigen Erhalt der Fördermittel für den kommunalen Straßen- und Radwegebau und eine Anpassung an den künftigen Bedarf, damit auch künftig funktionsfähige Verkehrswege für Auto, Bus und Fahrrad gewährleistet werden können.

- Der Freistaat Bayern muss zum Schutz unseres Klimas emissionsarme Antriebstechniken fördern und die flächendeckende Versorgung mit der nötigen Tank- und Ladeinfrastruktur sicherstellen.

- Wir fordern vom Freistaat Bayern, den Angebotsausbau im ÖPNV mindestens in gleicher Höhe zu fördern wie die Einführung des Deutschlandtickets. Konkret bedeutet das ab dem Jahr 2023 eine inflationsbereinigte Aufstockung der ÖPNV-Mittel um zusätzlich 635 Mio. €.

- Bund und Länder müssen alle mit der Einführung des Deutschlandtickets verbundenen Mindererlöse und Mehraufwendungen dauerhaft und vollständig ausgleichen. Dabei sind auch Wechselwirkungen zu bestehenden Tarifen und dem angedachten „Landestarif Bayern“ zu berücksichtigen.

4.2 DIGITALISIERUNG

- Wir fordern eine stärkere Zusammenarbeit von Freistaat und Kommunen bei der Digitalisierung der Verwaltung als gemeinsame und dauerhafte Aufgabe!

- Wir fordern einen ganzheitlichen Denkansatz vom „Antrag zum Bescheid“ und die Aufhebung der strikten Trennung zwischen staatlicher und kommunaler Digitalisierung.

- Der Bayerische Landkreistag fordert eine wirksame ressortübergreifende Digital-Steuerung sowie den zügigen und vorrangigen Ausbau gemeinsamer Verwaltungsinfrastrukturen wie u. a. die dringend notwendige Plattform für die digitale Behördenzusammenarbeit.

- Wir fordern den spürbaren Abbau der rechtlichen Hürden für eine durchgängige digitale Verwaltung (u. a. Pflichten zum persönlichen Erscheinen und zur Vorlage von Original-Unterlagen)!

- Der Bayerische Landkreistag fordert einen „Digital-TÜV“, der rechtliche Hindernisse für die digitale Verwaltung von vorneherein verhindert und neue Rechtsvorschriften konsequent digitalkonform ausgestaltet.

4.3 BREITBAND, MOBILFUNK UND INFORMATIONSSICHERHEIT

FLÄCHENDECKENDE BREITBANDNETZE AUF GLASFASERBASIS

- Der Bayerische Landkreistag fordert, das Ziel flächendeckender Breitbandnetze auf Glasfaserbasis bis 2025 einzuhalten.

FLÄCHENDECKENDE MOBILFUNKVERSORGUNG MIT 5G

- Wir fordern, dass die Mobilfunkanbieter alle Gebiete versorgen und dabei die vorhandenen Masten gemeinsam nutzen.

- Der Bayerische Landkreistag fordert die Verfügbarkeit von 5G über ganz Bayern bis 2025!

INFORMATIONSSICHERHEIT DURCH SCHULTERSCHLUSS

- Zum Schutz der IT-Systeme und Daten in der bayerischen Verwaltung fordert der Bayerische Landkreistag die Unterstützung des Freistaats für die Kommunen. Dies schließt den Einsatz gegenüber Bund und EU für umsetzbare IT-Sicherheitsvorgaben an die bayerischen Landratsämter ein.

- Wir fordern die stufenweise Beibehaltung der ISMS-Förderung für Kommunen zur fortwährenden Weiterentwicklung des IT-Sicherheitsniveaus.

5. ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ

5.1 BAYERNPLAN FÜR ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ

- Der Bayerische Landkreistag fordert, alles Notwendige zu tun, um Verwaltungsverfahren radikal zu vereinfachen und zu reduzieren. Fehlendes Personal und überbordende Bürokratie dürfen nicht als Versagen der Verwaltung wahrgenommen werden. Stattdessen muss diese in die Lage versetzt werden, mit dem Ohr am Bürger zielgerichtet arbeiten zu können.

- Wir fordern den technologieoffenen Umbau einer bezahlbaren und klimafreundlichen Energieinfrastruktur mit konkreten Zielen, abgrenzbaren Zuständigkeiten und passgenauen Maßnahmen für Stadt und Land. Die Energieerzeugung und -vermarktung muss Landkreisen, Städten und Gemeinden gleichermaßen möglich sein. Der Zubau an regenerativen Energien muss gesteuert, bürgerorientiert und synchron zu einer vorausschauenden und bedarfsgerechten Netzinfrastruktur erfolgen. Aufgrund der besonderen Herausforderungen des Green Deals sind die Kommunen an den Erlösen aus der CO2-Bepreisung und der Energiebesteuerung angemessen zu beteiligen.

- Wir fordern zum Abbau von Flächenkonkurrenzen, eine stärker überörtliche und weniger einzelfallbezogene Herangehensweise zu ermöglichen. Wirtschaftliche Entwicklung, ein sparsamer und klimafreundlicher Umgang mit Grund und Boden, die Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen und schnellere Genehmigungsverfahren dürfen kein Widerspruch sein. Mit einem Kompensations- und Flächenmanagement können schwer lösbare Nutzungskonflikte vorhabenunabhängig gelöst werden. Die Bayerische Kompensationsverordnung muss in einem ersten Schritt auf bestehende Fehlanreize und Überkompensation hin überprüft und angepasst werden.

- Wir fordern einen Systemwechsel, hin zu einem populationsbezogenen Artenschutz. Im EU-Recht bestehende Flexibilitäten müssen genutzt und perspektivisch auf alle bedeutenden Infrastrukturmaßnahmen ausgedehnt werden.
  Wir bekennen uns zum Erhalt der Naturschönheiten Bayerns und dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Gleichzeitig wollen wir handlungsfähiger werden.

5.2 KREISLAUFWIRTSCHAFT, DAS GEBOT DER STUNDE

- Der Bayerische Landkreistag fordert, dass Produkte zukünftig langlebig, reparaturfreundlich und recyclingfähig gestaltet werden. Die Erzeugung von Abfall darf nicht länger Geschäftsmodell sein.

- Wir fordern eine grundlegende Reform des Dualen Systems und die Übertragung der Zuständigkeit für sämtliche wertstoffhaltige Abfälle einschließlich aller Verpackungen auf die Landkreise als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. In der Zwischenzeit muss ein Ausnutzen des Systems zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger unterbunden werden.

- Wir fordern, die Hersteller im Sinne von Ressourcenschonung und Produktverantwortung stärker in die Pflicht zu nehmen! Um die Verwendung von Recyclingbaustoffen zu fördern und Deponiekapazitäten zu schützen, muss der bayerische Weg zur Verfüllung von Gruben und Brüchen fortgesetzt werden.

- Wir fordern die künftige Staatsregierung dazu auf, die bayerischen thermischen Abfallbehandlungsanlagen beim Umbau der Energieversorgung zu berücksichtigen und sich weiter gegen ihre Einbeziehung in den Brennstoffemissionshandel einzusetzen. Bei der CO2-Abscheidung sowie der CO2-Nutzung bedarf es eines praktikablen Rechtsrahmens.

6. BILDUNG

6.1 DIGITALE SCHULE

- Der Bayerische Landkreistag fordert eine Einigung zwischen Freistaat und Kommunen über die dauerhafte Finanzierung der schulischen Hard- und Software in gemeinsamer Verantwortung. Für die Finanzierung der Lehrerdienstgeräte ist der Freistaat zuständig. Bei der Hardware fordern wir verbindliche Standards. Und schließlich muss die Nutzung der Angebote der BayernCloud Schule verbindlicher ausgestaltet werden, um die Kommunen von den Kosten entsprechender Dienste zu entlasten.

6.2 SCHULSOZIALARBEIT UND JUGENDSOZIALARBEIT AN SCHULEN

- Aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen fordert der Bayerische Landkreistag eine Ausweitung der staatlichen Schulsozialarbeit. Die zusätzliche Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) ist eine wertvolle Ergänzung und muss daher je zur Hälfte von Freistaat und Kommunen finanziert werden.

7. KINDER-UND JUGENDHILFE

- Der Bayerische Landkreistag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich entweder für die (vorübergehende) Aussetzung von Rechtsansprüchen einzusetzen oder die Kommunen fachlich und finanziell bei der tatsächlichen Aufgabenerfüllung zu unterstützen.

- Im Bereich der Kindertagesbetreuung (bis Ende Grundschulalter) fordern wir, landesrechtliche Förderprogramme für die Kommunen sowohl mit Blick auf die notwendigen Investitionen wie auch bei den Betriebskosten so auskömmlich und dynamisiert zu finanzieren, dass die Kommunen diese zukunftsgestaltende Aufgabe weiterhin engagiert angreifen können.

- Wir fordern eine praxistaugliche Umsetzung der organisatorischen Rahmenbedingungen bei dem auf Bundesebene beschlossenen Ganztagsanspruch für die Klassen 1 – 4!

- Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, überbordenden Fachkräfteanforderungen für das ausgestaltende Bundesgesetz für die erzieherischen Hilfen (die sog. 3. Inklusive Stufe) entschieden entgegenzutreten!

- Wir fordern eine breit angelegte und staatlich unterstützte Strategie, um Fachkräfte für die sozialen Berufe zu gewinnen und auch zu binden.

8. ASYL, MIGRATION UND INTEGRATION

- Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, sich beim Bund und in der EU für eine stärker steuernde wie auch begrenzende Asyl- und Flüchtlingspolitik einzusetzen.

- Die bayerischen Landkreise fordern zur angemessenen Erfüllung der übertragenen Aufgaben ausreichend staatliches Personal sowie die Erstattung ihrer integrativen Kosten, bei den sog. KdU-Kosten aus dem SGB II.

- Wir fordern in der Unterbringung den weiteren Ausbau der staatlichen Aufnahmezentren, damit sich die dezentrale Unterbringung in den Kommunen auf die voraussichtlich Bleibeberechtigten konzentrieren kann.

- Der Bayerische Landkreistag fordert vom Freistaat Bayern konzeptionelle und finanzielle Unterstützung bei der Integration in Arbeit, Sprache, Wohnen und örtliche Gesellschaft im Rahmen der beabsichtigten verstärkten Fachkräfteeinwanderung aus dem Ausland.

9. MEDIZINISCHE VERSORGUNG

9.1 KRANKENHAUSVERSORGUNG

- Der Bayerische Landkreistag fordert vom Freistaat Bayern Rückendeckung beim Bund für den Erhalt der Grund- und Regelversorgung in der Fläche. Gleichzeitig muss der Freistaat für die dringend notwendige Weiterentwicklung der Krankenhausbedarfsplanung sorgen.

- Wir fordern vom Freistaat Bayern eine bedarfsgerechte Investitionskostenförderung für unsere Krankenhäuser!

9.2 HAUS- UND FACHÄRZTLICHE VERSORGUNG

- Der Bayerische Landkreistag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, zum Wohle der Patienten mit geeigneten Maßnahmen auf die schwierigen Entwicklungen im niedergelassenen Bereich zu reagieren!

- Wir fordern eine kleinräumigere Ausgestaltung der Bedarfsplanung für niedergelassene Ärzte insbesondere in den Bereichen der Kinder- und Jugendmediziner sowie der Kinder- und Jugendpsychiater.

- Der Bayerische Landkreistag fordert eine Stärkung der vorhandenen Strukturen in der gesundheitlichen Grundversorgung und Beratung sowie den nachhaltigen Ausbau der Gesundheitsförderung.

9.3 RETTUNGSDIENST

- Der Bayerische Landkreistag fordert den Freistaat auf, bei den bisher bekannten Gesetzgebungsvorhaben des Bundes in die richtige Richtung zu steuern: Die Telefonnummern 112 und 116 117 müssen verzahnt werden und mittels einer standardisierten Ersteinschätzung zu einer bedarfsgerechten Steuerung führen. Die Lotsenfunktion übernimmt die Integrierte Leitstelle (ILS).

9.4 NOTARZTVERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

- Wir fordern den Freistaat Bayern auf, die Attraktivität des Notarztdienstes durch eine Änderung des Vergütungssystems, durch von den Krankenkassen finanzierte und in den Kliniken angestellte Ärzte und durch mehr Einsätze des Telenotarztes zu steigern.

9.5 GESUNDHEITLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ

- Der Bayerische Landkreistag fordert den Freistaat Bayern auf, den Personalmangel an den staatlichen Veterinärämtern zu beheben.

10. LANGZEITPFLEGE UND SENIORENPOLITIK

- Die bayerischen Landkreise fordern von Bund und Freistaat leistungs- wie ordnungsrechtliche Reformen. Wir fordern eine deutliche Vereinfachung des Leistungsrechts, eine Einschränkung der Dokumentationspflichten in der Pflege auf das Unerlässliche, die Überwindung der Doppelstrukturen bei der Aufsicht aus Medizinischem Dienst und Fachstelle für Qualität und Aufsicht, die deutliche Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Pflegekräfte und die Sicherstellung ihrer Integration über den Arbeitsplatz hinaus.

- Wir fordern, die Pflegeberufe insgesamt attraktiver zu machen, was am ehesten über Erleichterungen im Arbeitsplatz erreicht werden kann.

- Der Bayerische Landkreistag fordert eine stärkere Verknüpfung der Seniorenpolitik mit der Langzeitpflege, um die entlastende Wirkung von sorgenden Gemeinschaften für die Menschen wie für das Pflegesystem zu stärken. Die neue Staatsregierung wird aufgefordert, eine Gesamtstrategie zur Stärkung der Sorgestrukturen auf kommunaler Ebene zu entwickeln.